

sten würde, störte den ungestümen Craxi nicht.

Schließlich war der Mailänder schon als Sechsjähriger so rabiat gewesen, daß sein Vater, ein antifaschistischer Anwalt, seinen ältesten Sohn ins Internat zu den Mönchen von Cantu (Como) steckte.

Craxi wurde zwar ein vorbildlicher und frommer Schüler. Doch Disziplin ist für den Mönchszögling noch immer eine Eigenschaft, die sich mit seinem Macht-hunger und dem seiner jungen Partei-mannschaft schlecht verträgt. Dabei verordnete der Parteichef, der den Ruf hat, auch innerhalb der Partei wie ein Diktator zu herrschen, sich und seinen engsten Mitarbeitern, die durchweg um die 40 sind, zuweilen sogar geradezu staatsmän-nische Geduld.

„Ich hoffe, Spadolini wird lange im Amt bleiben“, hatte Craxi noch im Sommer 1981 einem Biographen erklärt, „weil Italien Stabilität braucht.“ Auch sein Kronprinz, Vizesekretär Claudio Martelli, 38, hatte erst unlängst verkündet: „Wir glauben, daß Spadolini das Land bis ans Ende der Legislaturperiode führen kann.“

Doch die Sozialisten, die bereits sieben Minister in der alten Spadolini-Regierung stellten und keinen christdemo-kratischen Ministerpräsidenten mehr dulden wollten, drängen selbst an die Macht, um dem Land ihren „neuen Sozialismus“ zu verordnen.

Die von der Craxi-Partei angekündigte Verfassungsreform ist jedoch im Grunde sehr klein: Lange vor den Sozialisten haben Liberale ebenso wie Kommunisten und auch andere Gruppen ähnliche Vorschläge gemacht.

Da jedoch die PSI dazu neigt, „sich und ihre Programme groß darzustellen“ („La Stampa“), erklärt sie nicht weiter, wieso ein jetzt unregierbares italienisches Parlament nach vorgezogenen Wahlen regierbarer sein sollte.

Denn Craxi und seine Partei, der nach der Identitätskrise der Christdemokraten und der Kommunisten der Aufstieg zu einer breiten Volksbewegung vor-schwebt, haben sich mit dieser Sommer-Regierungskrise in den Kopf gesetzt, „die Republik mit einer durchgreifenden Verfassungsreform wieder auf die Beine zu stellen“, so der zurückgetretene sozia-listische Minister Rino Formica.

Die Frage, ob diese „zweite Repu-blik“ nicht eigens dazu erdacht ist, Craxi in den Sattel zu heben, verneinte sogar der PSI-Chef selbst: „Mir geht es nicht um einen Stuhl, vielmehr hat unser Italien es nötig, regiert zu werden.“

Solche guten Vorsätze freilich waren mit der Hochsommerkrise schnell vergessen. Denn als Sandro Pertini in der vergangenen Woche nach nur zweitägigen Regierungsgesprächen wieder den Republikaner Giovanni Spadolini mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragte, wies ihn Craxi gleich ab, und sein Parteifreund Rino Formica zischte: „Aufgewärmte Suppe.“

SOWJET-UNION

Dreckige Lüge

Zwangsarbeiter an der neuen Gasleitung – Objekt der Propaganda für Ost und West.

Die Enthüllung stand in einem Offen Brief an den deutschen Bundeskanzler. Beim Bau der neuen Erdgasleitung von Nordsibirien bis Bayern, so klagte die Frankfurter „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“, würden derzeit rund 100 000 Strafgefangene eingesetzt, „darunter viele politische, unter menschenunwürdigen Bedingungen“.

Im Leserbrief eines Vorstandssprechers an die „FAZ“ waren es dann nur



Zwangsarbeiterinnen in Nordrußland*: „Sicher nicht rentabel“

noch „mindestens 10 000 Strafgefange-ne“. Das war nun keineswegs eine Sensation – bei Großbauten, zumal in unwirtlichen Gegenden, hat die Sowjetregierung noch stets auch jene Arbeitskraft eingesetzt, die nur Baracken, Wasser-suppen und Bewachung kostet.

Jetzt aber weckte eine neue Meldung über altbekannte Schrecken plötzlich allerorts die Liebe zur Halbwahrheit – oder weniger.

„Jeder vernünftige Mensch“, entrüstete sich Moskaus Nachrichtenagentur „Tass“ über die „dreckige Lüge“, „wird einsehen, daß ein solches Riesenprojekt die Ausarbeitung und die Anstrengungen durch eine starke Industrie zwingend macht, welche die modernsten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik zum Einsatz bringt.“

* Vor dem Zweiten Weltkrieg.

Dabei werken an der neuen Leitung auch Scharen von Parteijugendlichen („Komsomolzen“) und Sowjetarmisten ohne jede Lehre, bauen ungelernete FDJ-Brigaden aus der DDR bereits an der Orenburger Pipeline (für den eigenen Bedarf des Ostblocks).

Radio Moskau belustigte sich am „grausigen Bild: Auf einer Strecke von 5000 Kilometern von den Polargebieten bis zu den Karpaten arbeiten in Sommerglut und bei klirrendem Frost ausgemergelte Häftlinge . . .“ Nein, so der Kommentar: „Die handelnden Hauptpersonen, von denen die Erfüllung des Vertrages des Jahrhunderts abhängt, sind freie Werktätige – Arbeiter, Bauschaffende, Ingenieure und Wissenschaftler.“

Und die Nebenpersonen, die laut Menschenrechts-Gesellschaft die Erdbe-wegungsarbeiten leisten und die Rohre

mit Asbest und Glaswolle isolieren? Die vorletztes Wochenende in Wien eingetroffene Sowjetbürgerin Albina Jakorewa, Gründungsmitglied der illegalen Gewerkschaft „Smot“, erklärte, im gegenwärtigen Stadium seien 90 Prozent der Arbeiter an der Gasleitung Häftlinge.

Darunter sind laut Menschenrechts-Gesellschaft, die Brief- und Telefonkontakte in die UdSSR unterhält:

- ▷ der Psychiater Glusman, der den politischen Mißbrauch seiner Wissenschaft angeprangert hatte;
- ▷ der litauische Bürgerrechtler Sasnauskas und der sowjetdeutsche Jurist Grimm;
- ▷ der ukrainische Schriftsteller Krasiwski sowie
- ▷ zwei Baptistenprediger.

Die Gefangenenhilfsorganisation „Amnesty International“, die sich – an-



Gasleitungsbau am Ural 1982: „Vertrag des Jahrhunderts“

ders als die Frankfurter Gesellschaft – nicht nur auf Rechtsverletzungen im Ostblock konzentriert, schätzt die Zahl der politischen Gefangenen in der UdSSR auf etwa 10 000.

Doch Radio Moskau verkündete, „daß es in der Sowjet-Union überhaupt keinen einzigen Menschen gibt, der aus politischen Beweggründen seiner Freiheit beraubt wurde“ – als ob sich die UdSSR von Lenins Lehre losgesagt hätte, wonach im Sowjetstaat der am besten geeignete Aufenthaltsort für einen Staatsfeind, speziell Sozialdemokraten, das Gefängnis sei, oder jenes „Konzentrationslager“, das per Dekret vom 17. Februar 1919 eingerichtet wurde.

Als ob man nie von so etwas gehört hätte, verlautbarte Bonns Kanzleramt, der Bundesregierung lägen keine Informationen über den Einsatz von Strafgefangenen vor, und ließ – wie die französische Regierung – die Botschaft in Moskau „Recherchen“ anstellen.

CDU/CSU-Sprecher Mertes heuchelte auf seine Weise: Mit dem Erdgas-Röhrengeschäft könne die Bundesrepublik Komplize eines KZ-Systems werden – getreu dem Rat der Menschenrechts-Gesellschaft, „die Verantwortbarkeit dieses Geschäfts mit der Sowjet-Union grundsätzlich in Frage zu stellen“.

Wer auf Produkte aus sowjetischer Häftlingsarbeit verzichten möchte, darf dann allerdings auch nicht mehr für Getreide Sowjetgold eintauschen, das am Fernostfluß Kolyma von Gefangenen gewaschen wurde. Er muß die bisher gelieferten Mengen an Gas und Öl wieder herausgeben, darf keine „Matroschka“, die Puppe in der Puppe, aus Moskau mitbringen, auch nicht das Mischka-Bärchen, Symbol der Olympiade 1980 – Produkte auch der Gefängnisindustrie.

Er muß die Transsibirische Eisenbahn meiden und auch Sowjetflugzeuge vom Typ Tupolew (Konstrukteur Andrej Tupolew zeichnete seine Entwürfe in einer Moskauer Sonderhaftanstalt). Sogar sowjetische Bonbons werden mitunter in Gefängnissen verpackt, roter Kaviar von den 6000 weiblichen Häftlingen auf den Kurilen, während schwarzer Kaviar aus der Leninfabrik in Gurjew kommt, die von Häftlingen erbaut wurde.

Wer nichts genießen möchte, was von Zwangsarbeitern stammt, der darf sich nicht einmal an Rußlands restaurierten Kirchen und Klöstern (diese übrigens in aller Regel ehemalige KZs) erfreuen: Der SPIEGEL traf auf dem Gelände eines ehemaligen Klosters in Moskau eine Gefangenenkolonie unter Bewachung bei Aufräumarbeiten.

Wer sich plötzlich über Häftlingsarbeit in der UdSSR empört, der hat bislang diesen Staat nicht als das genommen, was er ist: ein Industriekoloß, der sich weithin auf die Knochen von Millionen Zwangsarbeitern gründet.

Seit Beginn der planmäßigen Industrialisierung Rußlands bauten die Häftlinge unter Aufsicht der 1930 geschaffenen „Lager-Hauptverwaltung“ (Gulag) vor allem die rasch zu vollendenden Prestige-Objekte, für die freiwillige Arbeiter kaum zu gewinnen waren.

300 000 Häftlinge gruben mit Hacke und Schaufel (Losung: „Nicht eine Kopeke in ausländischer Valuta“) den Weißmeer-Kanal zur Ostsee, jeder dritte starb. Die Überlebenden bauten mit extra dafür Festgenommenen den Moskwa-Wolga-Kanal und legten die erste Trasse für jene Baikal-Amur-Bahn im Fernen Osten, die erst heute mit freien Arbeitern, Komsomolzen, Soldaten und auch wieder Häftlingen fertiggestellt wird.

Ein durch Kriegsgefangene angereichertes Heer von – so weit sich ermitteln läßt – zwölf Millionen Zwangsarbeitern, also jedem sechsten Sowjet-Erwachsenen, nahm nach dem Krieg an Rußlands Wiederaufbau teil. Zum Gulag-Monopol wurde der Holzeinschlag in Sibirien, auch Rodung und Erdaushub für Wasserkraftwerke und Ölleitungen.

Der Münchner Experte Borys Lewytzky („Vom roten Terror zur sozialistischen Gesetzlichkeit“) kam zu dem Resultat, das die Agentur „Tass“ jetzt aufgriff: Die Arbeitskraft der Häftlinge war, „gemessen an einer modernen und hochtechnisierten Wirtschaft, sicher nicht rentabel ausgenutzt“. Aber, so Lewytzky, anders als „Tass“: „Die Konzentrationslager lieferten billige Arbeitskräfte, und das wichtigste war, daß sie auch dort

genutzt werden konnten, wo freie Arbeiter kaum ausharren würden.“

Das mag der Grund gewesen sein, weshalb – nach Aufständen in Workuta, woher die Kohle für Leningrad kam – Stalin-Nachfolger Chruschtschow 1953 bis 1956 Lager auflöste: Er brauchte besser motivierte Arbeitskräfte.

Doch unter Breschnew wuchs die Zahl der Strafarbeiter nach und nach wieder auf heute schätzungsweise zwei bis vier Millionen. Sie arbeiten laut „Amnesty International“ bis zu zehn Stunden täglich bei Hungerrationen.

Da kam im Sommer 1982 die Entdeckung der Menschenrechtler in Frankfurt, daß die Häftlinge in Sibirien vom Asbest Ekzeme, von der Glaswolle Lungenatrophie und mangels Handschuhen Geschwüre an den Händen davontreiben – was nur ganz Naive bestürzt, nur Böswillige Überraschung äußern läßt.

Der Hinweis der „Gesellschaft für Menschenrechte“ (rund 2000 Mitglieder, Jahresbudget 1981 aus Beiträgen und Spenden: 1,47 Millionen Mark) auf die Entstehung von sieben Zwangsarbeitslagerzentren entlang der Gasleitungsbau-strecke war zeitlich genau gezielt: Vier davon sind längst bekannt – Surgut, Tawda, Tjumen und Irbit –, dazu ein weiteres, der Gesellschaft noch nicht aufgefallen, bei Kungur.

Dort, noch diesseits des Ural, befindet sich die Hauptverwaltung aller Lager des Gebietes Perm, durch das über 75 Kilometer die Gasleitung führt und wo die Dissidenten Jurij Orlow und Anatolij Schtscharanski ihre Strafe verbüßen.

Ein Stück weiter, in Irbit, liegt das Lager Uschch-349/71, bereits notiert im 1980 in der Schweiz erschienenen „Ersten Reiseführer zu Gefängnissen und Konzentrationslagern der Sowjet-Uni-

on“, der für die Gegend von Tawda zehn Lager nennt (SPIEGEL 40/1981).

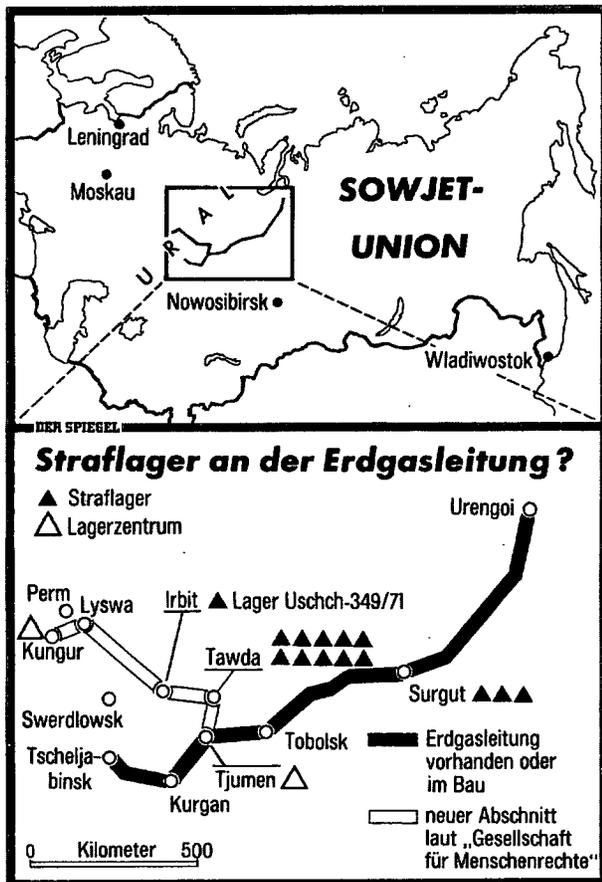
Im westsibirischen Erdölrevier Tjumen arbeiten 2000 Lagerinsassen in der Holzverarbeitung, an Bauvorhaben und in Schiffswerften. Im Norden und Osten des Gebiets sind Gruppen von Lagern bekannt, zu denen auch das von den Frankfurtern ermittelte Kombinat „Ust-Ischim“ mit acht Einzellagern gehören könnte.

An der ersten Station der Erdgasleitung nach ihrem Quellgebiet Urengoi schließlich, in Surgut, arbeiten seit Jahren die Insassen von drei Lagern mit je 800 bis 900 Häftlingen in der Ölförderung und -industrie. Dazu bauen 200 Gefangene unter „strengem Regime“ an einem Rüstungsobjekt.

Es könnte sich um Raketenstellungen handeln – auch für diese sowjetische Errungenschaft waren Häftlinge allemal nützlich. Der Erfinder des „Sputnik“, Sergej Koroljow, steckte unter Stalin drei Jahre im Arbeitslager.

Nur die Lager in Surgut und Tjumen, vielleicht auch in „Ust-Ischim“ (auf keiner Sowjetkarte verzeichnet) kommen als Zulieferer von Arbeitskräften für die Gasleitung in Betracht.

Die von der Gesellschaft für Menschenrechte veröffentlichte Lageskizze zeigt nordwestlich von Tjumen eine falsche Linienführung der Trasse (siehe Karte), die Ortschaft Kungur wurde offenbar verwechselt mit dem Knotenpunkt Kurgan südlich von Tjumen.



TÜRKEI

Stunde der Rache

Das Regime der Generäle glaubte, es habe den Terror im Land besiegt. Da richteten armenische Extremisten auf dem Flughafen Ankara ein Blutbad an.

Abfertigungshalle des Flughafens Esenboga bei Ankara, 16.15 Uhr am vorletzten Samstag: Passagiere des Luft-hansa-Fluges LH 323 nach München und Frankfurt, meist Gastarbeiter, checken ein, verabschieden sich von Verwandten und Freunden. Da explodiert eine Granate, fallen Schüsse.

Ein Attentäter wird von bewaffnetem Flughafenpersonal tödlich getroffen, der andere zieht sich mit 63 Geiseln ins Flughafenrestaurant zurück. Nach dramatischen vier Stunden des Schießens und Verhandels sind neun Menschen tot, darunter der deutsche Ingenieur Herbert Rosanowski, über 70 verletzt.

„Sie haben uns in unserem Heimatland geschlagen“, entsetzte sich die rechte Tageszeitung „Tercüman“, „in unserer Hauptstadt.“ Und sie – die Männer der „Geheimorganisation zur Befreiung Armeniens“ (Asala) – schlugen ausgerechnet in der Amtszeit eines Militärregimes zu, das sich vor allem rühmt, den Terror in der Türkei beendet zu haben. Seit 1973, dem Beginn der armenischen

Terroranschläge auf türkische Personen und Institutionen, wurden zwar 22 türkische Diplomaten, deren Verwandte oder Personal getötet. Aber alle Anschläge fanden außerhalb der Türkei statt, in den USA, Frankreich, Portugal, Schweden, Australien und der Schweiz.

In der Türkei selbst war es, von unbedeutenden Anschlägen abgesehen, weder der Asala noch anderen armenischen Extremistenorganisationen gelungen, Attentate auszuführen.

Die Attentäter be-greifen sich als „Rä-cher“ von über einer Million Toten, die auf dem Schicksalsmarsch der christlichen Arme-nier 1915 zu beklagen waren.

In jenem Jahr hat-ten die Jungtürken un-ter Enver Pascha die Deportation von nahe-zu zwei Millionen Menschen jener Glau-



Armenier-Anschlag auf dem Flughafen von

bensgemeinschaft aus der Osttürkei in die Wüsten Mesopotamiens angeordnet (SPIEGEL 27/1978). Nur einige Hunderttausend überlebten.

Bis heute haben sich türkische Regie-rungen dem Vorwurf des Völkermords nicht gestellt, stets verwiesen sie auf von Armeniern an Türken begangene Massa-ker, die tatsächlich stattgefunden haben, und darauf, daß Armenier im Ersten Weltkrieg, als das einstmalige so mächtige Osmanische Reich endgültig zusam-menbrach, an der Seite der Russen ge-gen die Osmanen kämpften.

Das gilt als erwiesen, aber türkische Historiker und Politiker, kritisiert der französische Autor Yves Ternon, täten so, „als rechtfertige die Rebellion einiger weniger die Auslöschung eines ganzen Volkes“.

Die extremistischen Nachfahren jener Leidensgeneration fordern ein „freies Armenien“ in der Osttürkei; die Sowjet-republik Armenien, in der drei Millionen Volksgenossen leben, wollen sie bezeich-nenderweise nicht befreien.

Die Asala und andere Armenier-Or-ganisationen operieren von Beirut aus, sie stehen der Palästinenserorganisation PFLP des Kinderarztes Georges Habasch nahe. Zusammen mit den eingekesselten Kämpfern der PLO sind nun auch die militanten Armenier-Orga-nisationen (sowie im Libanon leben-de türkische Terroristen) in Bedräng-nis.

* Yves Ternon: „Tabu Armenien. Geschichte eines Völkermords“. Ullstein Verlag, Frankfurt/Berlin; 282 Seiten: 38 Mark.